

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. September 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsanträge um 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 101

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel:** Eine Konferenz der Gauvorsitzer im Zeichen des Krieges (Schluß).

**Wochenchau:** Kriegsausichten; Stimmen aus der Gewerkschaftspreise über den Krieg; Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und Einführung von Arbeitslosenunterstützung seitens der Kommunen; Die wirtschaftliche Lage; Nachahmungswerte Beispiele aus Prinzipschriften; „Soziale Pflichten im Zeichen gegen das Vaterland“; Warnung an Verarbeiteten für militärische und städtische Behörden.

**Korrespondenzen:** Bremen.

**Funfschau:** Vorbildliche Unternehmer! — Die graphische Weltausstellung in Leipzig. — Städtische Arbeitslosenunterstützung in Berlin. — Behördliche Unterstützung jeder Art in Kriegszeiten ist keine Armenunterstützung. — Arbeitslosigkeit und Landsturmpflicht. — Fleischverbrauch im ersten Halbjahre 1914.

## Eine Konferenz der Gauvorsitzer im Zeichen des Krieges

Die von der Gauvorsitzerkonferenz beschlossene Abänderung resp. Neuordnung einiger Unterstützungsätze hat die selbstverständliche Konsequenz, daß die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes vom 4. August, dessen Zirkular vom 10. August sowie etwaige von den Gauvorsitzern getroffene Maßnahmen hinsichtlich geworden sind, insoweit die neuen Bestimmungen dem entgegenstehen. Diese treten sämtlich mit dem 30. August in Kraft. Rückwirkend sind die für das Aussehen beschlossenen Unterstützungsätze naturgemäß nicht.

Da die Reiseunterstützung unverändert geblieben ist, kann auch von einem Bezuge dieser Unterstützung am Orte nicht die Rede sein. Es wird den reisenden Kollegen dringend empfohlen, nicht in Grenzbezirke im Osten und Westen zu gehen, da von dort wegen Gefährdung mancher Orte die Bewohner bereits ins Innere des Landes gebracht werden. Auch Verbandsmitglieder sind auf diese Weise schon zum Domizilwechsel gezwungen worden.

Hinsichtlich der Unterstützung für Ausgehende ist darauf aufmerksam zu machen, daß gemäß der bis auf weiteres geltenden neuen Beschlüsse der Sonntag nicht bezahlt wird. Es wird also nur für entfallende Arbeitstage Unterstützung gewährt. Bei der Reise, der Orts-, der Kranken- und der Invalidenunterstützung kommt, wie im Statut vorgelesen, auch der Sonntag mit zur Auszahlung.

Die bei Punkt 1., 2., 3 und 4 der in voriger Nummer gebrachten Zusammenstellung der neuen Beschlüsse anzutreffende Unterschiedlichkeit der Beitragsleistung ist der beste Ausweg zur Vermeidung ungleicher Belastungen oder von Benachteiligung in der Unterstützung.

Als zweckentsprechendste Art des Aussehens wurden wieder dreitägige Beschäftigung pro Woche oder halbe Tagesschichten bezeichnet. Wer mehr als 4 1/2 Stunden pro Tag arbeitet, fällt unter Punkt 1 der neuen Bestimmungen.

Punkt 4 rechtfertigt sich ohne weiteres, da der Begriff der Vollenlohnung mit dem der Vollbeschäftigung als identisch angesehen werden kann. Der Ertragsbeitrag bringt infolge der sehr hohen Arbeitslosenziffer sowieso keine nennenswerten Summen ein.

Bezüglich der zu Punkt 5 eintretenden Abänderungen können wir versichern, daß mit den so gestaffelten Unterstützungsätzen unsere Kollegen den Mitgliedern anderer Gewerkschaften gegenüber sich immer noch um ein Erkleckliches besser stellen. Unsere Arbeitslosenunterstützung ist nämlich durch die jetzt vorgenommene Kürzung noch höher — die Strenzen und die Bezugsdauer spielen auch eine sehr

wesentliche Rolle dabei — als die der andern Gewerkschaften in gewöhnlichen Zeitsäufen. Nun aber ist von den übrigen Organisationen fast durchweg eine Herabsetzung dieser Unterstützung eingeführt worden, also ergibt sich der Unterschied zugunsten unseres Verbandes noch deutlicher.

Bei der Krankenunterstützung ist ein festes Zugreifen durchaus berechtigt gewesen. Unser Verband nimmt mit diesem Unterstützungsweig eine große Ausnahmestellung ein; man kann getrost sagen: wir gehen zu weit damit. Die Mitglieder unseres Verbandes gehören fast ausnahmslos den gesetzlichen Krankenkassen an. Das ist zwar bei den Arbeitern der andern Gewerbe auch der Fall, deren Organisationen haben aber, sofern sie diesen Unterstützungsweig überhaupt pflegen, während des Krieges die Unterstützung an Kranke ganz aufgehoben. Die Gauvorsitzerkonferenz tat das nicht, nahm aber von diesem Unterstützungsweig so viel weg, daß die Organisation zu den andern Leistungen eher befähigt wird. Ein Unterschied, ob ledig oder verheiratet, wird nicht gemacht, wenn das auch anderswo üblich geworden ist. Andere ledige Mitglieder haben häufig den Verheirateten ähnliche familiäre Verpflichtungen.

Daß die Invalidenunterstützung unverändert geblieben ist, dafür werden die 1025 Invaliden und die alten Kollegen der Gauvorsitzerkonferenz gewiß Dank wissen.

Für alle Eventualitäten feste Bestimmungen zu treffen, ist natürlich unmöglich gewesen. Die Diskussion auf der Gauvorsitzerkonferenz hat das eklatant gezeigt. Es wurden z. B. für die aus dem Ausland oder aus andern Berufen zurückkehrenden Mitglieder, ebenso für die zu andern Berufen Übergehenden (deren Zahl gar nicht so klein, wie die neugewählten Beschäftigungsarten recht mannigfaltige sind) Direktiven gegeben, die Erleichterungen bedeuten. Der Vorstand hat im weitern zugesehen, in andern Fällen, die sich nicht regeln lassen, nach Möglichkeit zu helfen.

Zu allem übrigen ist noch eine sogenannte Kriegskommission (außer dem Vorstande die Vorsitzenden der Gaue Bayern, Berlin, Hamburg, Leipzig, Mittelrhein, An der Saale, Rheinland-Westfalen) eingesetzt worden, die je nach dem Verlaufe des Krieges oder zur Beschlussfassung über aus diesen ungewissen Zeiten auftauchende Fragen zusammentritt und das Nötige zu veranlassen ermächtigt ist. Dadurch gestaltet sich der Organisationsapparat nicht nur beweglicher, sondern auch billiger, als wenn eine vollständige Gauvorsitzerkonferenz nochmals einberufen wird. Es soll eben alles geschehen, was nur getan werden kann.

Wir unsererseits möchten die örtlichen Funktionäre nochmals erluchen, die Arbeitslosen wie die jetzt noch zum Militär oder zum Landsturm Einberufenen darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich spätestens innerhalb drei Wochen bei der Ortskrankenkasse als freiwillige Mitglieder anmelden sollten, um ihre Mitgliedschaft bei dieser aufrechtzuerhalten. Es kann dann auch zur niedrigsten Beitragsklasse gesteuert werden. Ferner ist den Prinzipalen oder Geschäftsleitungen beim Aussehen zu bedeuten, daß der zur Ortskrankenkasse und zur Invalidenversicherung zu leistende Beitrag ein entsprechend geringerer wird.

Aus einigen Orten sind wir erlucht worden, dafür einzutreten, daß für die im Felde stehenden Mitglieder der (niedrigste) Beitrag zur Ortskrankenkasse während des Krieges aus lokalen Mitteln entrichtet wird. Nach

dem bekannten Sprichworte, daß der Wohlfähigkeit keine Schranken gesetzt sind, geben wir diese Anregung gern weiter. Da ein jeder Ortsverein aber wissen muß, wie weit er mit seinen finanziellen Verhältnissen gehen kann, ist eine Kritik im „Korr.“ unzulässig, wenn ein solcher Antrag von einer Versammlung abgelehnt sein sollte.

Ferner verweisen wir auf die sehr belehrenden Artikel unseres Kollegen Gildenberg in Nr. 95 über die durch den Krieg in den sozialen Gesetzen eingetretenen Änderungen, in Nr. 97 über die Miets- und Schuldverhältnisse während des Krieges und in Nr. 99 über die Militärpensionsgesetze. Speziell die beiden letzteren sind sehr wichtig für die Frauen bzw. Familien der Einberufenen. Man sollte sie ihnen mehr zugänglich machen (eventuell geben wir noch verfügbare Exemplare ab) und ihnen in jeder Weise beratend zur Seite stehen. Das sind wir unsern Mitgliedern im Waffenrocke einfach schuldig.

Wenn auch Fragen der Taktik diesmal nicht zur Beratung standen, so nahm die Verbandsleitung doch Veranlassung, über wichtigere Vorgänge seit der vorhergehenden Gauvorsitzerkonferenz im Gewerbe, im Ausland, in der Organisation wie auf allgemein-gewerkschaftlichem Gebiet orientierende Mitteilungen zu machen.

Die Konferenzteilnehmer gewannen daraus die Überzeugung, daß der Vorstand die Interessen der Allgemeinheit wiederum in besserer Weise wahrgenommen hat: ob es sich nun um das Verhältnis zur Prinzipalität, die Verfolgung der sich nicht nach einer Seite nur zeigenden, die Befürchtungen für die Zukunft nicht verringern den Entwicklung auf technischem Gebiete, die Beziehungen zum Ausland resp. zu den sich in unsern Kolonien aufhaltenden Kollegen oder um die Stellung der Buchdrucker zu allgemein-gewerkschaftlichen Fragen handelt.

Das Bewußtsein, unsere Interessen so gut aufgehoben zu sehen, würde uns auch dann von detaillierten Angaben entbinden, wenn nicht sowieso taktische Rücksichten ein Eingehen darauf verbieten würden.

Den Erfordernissen dieser Kriegszeit glaubte die Gauvorsitzerkonferenz noch in anderer Beziehung entsprechen zu müssen. Weil so viele unserer Kollegen sich durch völlige Arbeitslosigkeit oder Aussehen in ihrem Einkommen mehr oder weniger stark geschnitten sehen, betrachten es die Verbandsangestellten als einen Akt der Kameradschaftlichkeit, wenn sie trotz der jetzt zum Teil erhöhten Tätigkeit freiwillig auf einen Teil ihres Gehaltes verzichten, damit diese Gelder bei besonderen Vorfällen, wie sie dieser Riesenkrieg ja wohl mehr als genug bringen wird, Verwendung finden können. Um einen gerechten Maßstab für diese freiwilligen Abgaben zu finden, sind sie je nach der Gehaltshöhe abgestuft und gehen bis zu 25 Proz. hinauf.

Von den Gauvorsitzern wird erwartet, daß sie den von ihnen angestellten Beamten einen Verzicht in gleicher Weise empfehlen.

Auch die für diese Konferenz zu zahlenden Diäten fanden Herabsetzung.

Bezüglich des „Korr.“ trat man dem vom Vorstandsvorstand und der Redaktion eingenommenen Standpunkte bei, daß das Verbandsorgan in einer von allem Gewohnten so losgelassenen Zeit das beste

Mittel ist, die Verbindung unter der Kollegenschaft aufrechtzuerhalten. Es soll beim dreimaligen Erscheinen bleiben, der Umfang aber (wie seit dem Kriegsausbruch sogleich eingeführt) verringert werden.

Unser Verband hat sicherlich schon ernste Zeiten erlebt und große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, auch eine Gauvorfescherkonferenz fand einmal in Kriegszeiten statt. Das war während des gewiß bedeutungsvollen Neunhundertkampfs 1891/92, also eines wirtschaftlichen Krieges. Aber vor derart schwer zu lösende Aufgaben wie jetzt, wo eine Welt von Feinden Deutschland in seinem politischen Bestand und wegen seiner hervorragenden wirtschaftlichen Stellung hart bedrängt, wogegen sich auch die Arbeitererschaft wie ein Mann erhoben hat, weil es sich eben um Volks-, um nationale und nicht, wie früher meistens, um dynastische Interessen handelt, ist doch noch nicht eine Tagung der zu gemeinsamer Arbeit mit der Organisationsleitung berufenen Verbandsfunktionäre gestellt gewesen. Die am 24. und 25. August in Berlin stattgehabte Gauvorfescherkonferenz wird also in jedem Betracht aus dem Rahmen fallen, der solchen Verhandlungen im allgemeinen gezogen ist.

Es kann deshalb auch nicht als Abertreibung angesehen werden, wenn wir sagen, daß die Ereignisse von 1870/71 für den damals noch jungen Verband bei weitem nicht die Wirkungen hatten wie der Völkerring von 1914 für die alte gefestigste Organisation, und daß 1891/92 wohl ein schwerer Kampf und ein harter Schlag für uns gewesen ist, daß aber der Verband finanziell weniger stark davon getroffen wurde.

Die unter so ungewöhnlichen Umständen im Berliner Gewerkschaftshause tagende Konferenz der Gauvorfescher hatte zu alledem noch mit besonderen Schwierigkeiten für die meisten der Teilnehmer zu rechnen. Die Verkehrsverhältnisse sind noch immer recht gestört, so daß trotz Einlegung einiger Schnellzüge für manchen Konferenzbesucher die Fahrt nach Berlin dennoch eine Reise von Tagen und Nächten wurde. Die Freude des Wiedersehens in einer so sturmbelegten Zeit war natürlich um so herzlicher. Für die Gauvorfescher Mägnen (Strasbourg), Große (Chemnitz) und Hannack (Stettin) erschienen allerdings Vertreter — die Kollegen Schlatter, Dähnel und Reinke —, weil jene drei sich bereits im Heeresdienste befinden. Kollege Lindenlaub (Freiburg i. Br.) konnte krankheitshalber nicht an der Konferenz teilnehmen, für ihn war Kollege Bastian zur Stelle.

Bekanntlich sollte diese Gauvorfescherkonferenz ausnahmsweise in Leipzig stattfinden. Dort, wo die nun so schwer durch die Wendung der Dinge geschädigte graphische Weltausstellung von dem friedlichen Weltbewerke der Nationen zeugt, wäre den berufenen Führern und Leitern unserer Organisation reichlich Gelegenheit geboten gewesen, die technische Entwicklung namentlich des Buchdruckgewerbes in einer Zusammenfassung kennen zu lernen, wie sie anschaulicher an und für sich so leicht nicht wieder geboten werden kann, und nun, wo die Kriegsfurie acht Länder durchraff, eine Wiederholung dieser großartigen Ausstellung direkt zur Unmöglichkeit geworden ist. Gewiß hätte sich, wenn diese Weltkatastrophe nicht eingetreten wäre, aus den in Leipzig gewonnenen Eindrücken manche Lehre sogleich bei den Beratungen praktisch verwerten lassen.

Nun aber, wo die Kanonen donnern, mußte Berlin wieder als Tagungsort genommen werden, denn nach der Reichshauptstadt sind die Bahnverbindungen selbst bei dem stark eingeschränkten Zugverkehr doch noch günstigere. Sparmaßregeln spielten ebenfalls eine Rolle dabei mit. Der Verbandsvorstand hatte neben anderem eine schwächere Vertretung bei den Organen angeregt, deren Beteiligung an einer Gauvorfescherkonferenz sowieso gewährleistet ist. Auch nach dieser Seite ist also geschehen, was praktisch und finanziell geboten erschien.

So sei denn die bestimmte Erwartung auch noch an dieser Stelle ausgesprochen, daß die schwere Arbeit dieser Kriegslösung unserer Gauvorfescher und Verbandsleitung von allen Mitgliedern voll gewürdigt wird. Die Gauvorfescherkonferenz hat alles

gesagt, was der Notlage der Kollegen zu steuern geeignet ist. Sie hat aber auch dafür gesorgt, daß die Aktionsfähigkeit des Verbandes erhalten bleibt. Aus dem Kriege werden der Organisation auch nachher noch erhebliche Belastungen auferlegt sein. Um so mehr mußte die Arbeit der Konferenz auch auf die Zukunft des Verbandes gerichtet sein. Gerade die Mitglieder, deren Ansprüche an den Verband in solcher Zeit noch die Grenze der Erfüllbarkeit überschreiten, sie sollten bedenken, was ein-treten würde, wenn es nach ihren Wünschen ginge. Sie wären schließlich die ersten, die gegen den Verbandsvorstand und die Gauvorfescher den Vorwurf erheben würden, es sei unverantwortlich gewesen, so weit zu gehen. Die Gauvorfescherkonferenz hat aber bei ihren Beschlüssen sehr verantwortungsbewußt gehandelt und kann für sich in Anspruch nehmen, dadurch den Verband intakt zu erhalten.

Opfer muß jetzt ein jeder bringen. Den Prinzipalen sei nochmals zur Beherzigung empfohlen, was ihre in Bayern und in Württemberg führenden Männer und was ein gewiß für die Wahrung der Unternehmerinteressen mit allem Nachdruck einstufender, in der Holzindustrie sonangebender Mann — Obermeister Rahardt in Berlin — in ähnlicher Weise als moralische Verpflichtung ausgesprochen: „Es ist unsre Pflicht, den Arbeitern, die in friedlichen Zeiten mit uns am Werke waren, auch in dieser Stunde der Gefahr und Not nach Möglichkeit beizuhelfen.“ Diese Möglichkeit ist bisher vielfach noch nicht erschöpft worden. Hier muß unbedingt ein Wandel eintreten, sonst würde das durch die Tarifgemeinschaft unsern Prinzipalen von der Öffentlichkeit gewordene Anerkenntnis sozialer Einsicht trotz der hochverdienstlichen Haltung eines angesehenen Teiles seine Berechtigung verlieren. Die Gehilfenschaft, die durch den Verband repräsentiert wird, appelliert daher nochmals, völlige Betriebsbeschränkungen nach aller Möglichkeit zu vermeiden, von der Bereitwilligkeit der Gehilfen, angesichts offenkundiger Zwangslagen nur halbe Tage oder halbe Wochen zu arbeiten, größeren Gebrauch zu machen und von Anordnungen und Maßnahmen Abstand zu nehmen, die auch unter den jetzigen Ausnahmeständen böses Blut bei dem andern Teil erregen müßten. Es sollte von beiden Seiten auch mehr Beachtung finden, daß in jedem Falle das Tarifamt über die Vereinbarungen hinsichtlich einer andern Betriebsform usw. zu unterrichten ist. Dadurch läßt sich schon über manche Schwierigkeit hinwegkommen. In diesen Wochen, wo die Not der Zeit alle schwer drückt, soll doch das gegenseitige Verhältnis nicht schlechter, sondern es kann und muß ein besseres werden. Im jetzigen Augenblick ist alles dafür gegeben.

An unsre Mitglieder appellieren wir gleichzeitig, sich sämtlich zu den von der Kriegsnot bedingten Opfern bereitzufinden. Welcher Gruppe auch der einzelne angehört, ein jeder muß jetzt opferwillig sein, ein jeder hat sich nun als ganzer Gewerkschaftler zu zeigen. Gehet hin, die ihr dem Klassenmenschen noch in euch den Vorrang gelassen habt, und seht, wie willig die Mitglieder anderer Organisationen die häufig sehr weitgehenden Unterstützungsbeschränkungen in den Kauf nehmen, weil sie sich sagen, daß für Ereignisse, wie sie jetzt auf der Weltbühne sich abspielen, niemals eine Gewerkschaft die persönlichen wirtschaftlichen Kosten ganz bezahlen kann. Auch in den christlichen Organisationen sind allenthalben Beschränkungen eingetreten, und wenn im Gutenbergbund, wie sein Organ selbst zugibt, Unzufriedenheit ausgekommen ist über die Unterstützungsabänderungen, so ist dies doch ein Beweis, daß die Großsprecherien auf jener Seite mit den wirklichen Leistungen des Bundes nicht in Einklang stehen können. Diese Logik ist gewiß nicht so schwer, daß sie nicht auch dort begriffen werden sollte, wo man sich unverständlicherweise noch durch derartig herausgeputzte Versprechungen täuschen läßt. Wenn der „Exp.“ in seiner neuesten Nummer es wieder mit den alten Unterstellungen gegen den „Korr.“ versucht und die bekannten Töne spezieller Wohlerzogenheit kräftig gegen uns anschlägt, obwohl erklärt wird, man fühle sich gar nicht getroffen, so imponiert uns das jetzt noch weniger als sonst. Eine auf der letzten Seite befindliche Bekanntmachung des Hauptvorstandes gibt uns

in geradezu verblüffender Weise recht. Da wird gesagt, der Bundesleitung gingen fortgesetzt noch Gesuche von in Arbeit stehenden Mitgliedern um Beitragsherabsetzungen oder Ertraunterstützungen zu. Der Vorstand könne aber über das beschlossene Maß nicht hinausgehen. Im Hause des kleinen reichen Mannes muß es nach dieser wiederholt offiziell mitgeteilten oder zugegebenen Unzufriedenheit in Mitgliederkreisen über die Kriegssteuern und Kriegsunterstützungen alles andere denn bündlerisch harmonisch zugehen. Die Kunst, zu täuschen, verjüngt also nicht einmal mehr im eigenen Lager.

Vertrauen wir also auf unsre Organisation, wie wir fest auf den Sieg der deutschen Waffen bauen. Was unsre Kollegen draußen im Felde mitzubringen: eine gründliche Abrechnung mit denen, die das deutsche Erwerbsleben so gestört und es am liebsten verkümmern lassen möchten, sind unermessliche Opfer gegen das, was von den im Lande Bleibenden verlangt wird. Der Enthusiasmus, der unsre Brüder im Waffenrock befähigt, von Sieg zu Sieg zu stürmen, er muß ein Seitenstück finden in dem Idealismus aller Kollegen, dem Verband über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Krieges hinwegzuhelfen und ihn widerstandsfähig zu erhalten, wie er es bis jetzt gewesen ist. Je schneller und gründlicher Deutschland mit seinen vielen Widersachern fertig wird, desto eher wird auch in unserm engeren Vaterland, im Verband, alles wieder in gewohnten Gleis und in der alten Bahn des Erfolges gehen. Die Tausende der Heimkehrenden werden es uns dann am meisten danken, daß der Verband ungefährdet durch die schweren Kriegsstürme gesteuert worden ist, und der Kriegsgauvorfescherkonferenz wird der ihr gebührende Platz in der Geschichte der Organisation angewiesen werden.

## □ □ □ □ Wochenchau □ □ □ □

Die Kriegsausichten haben sich in der vierten Woche dieses in seiner Ausdehnung und seiner Truppenzahl ohnegleichen dastehenden Niefenkampfes erheblich gebessert, sind für Deutschland und das verbündete Österreich-Ungarn sogar glänzende geworden. Die vorübergehende Beunruhigung, die das Einrücken der Russen in Ost- und Westpreußen hervorrief, ist gewichen, nachdem die Österreichischen und ungarischen Truppen Rußland eine schwere Niederlage beigebracht und nun zur Verbindung mit dem deutschen Ostheer energisch vordringen, und gar erst, nachdem die Deutschen allein in mehrträgiger Schlacht in Ostpreußen ein starkes russisches Heeresausgebot glanzvoll geworfen und über die preußische Grenze zurückgedrängt haben. Frankreich ist mit seiner Offensive gegen Deutschland, das läßt sich bestimmt sagen, schmächtig hereingefallen. Die vielen Erfolge in letzter Woche haben den ersten großen Sieg über die Franzosen, den die Vorwoche brachte, vollständig gemacht. Frankreich befindet sich nun in der Defensive und hat bereits erleben müssen, daß das ihm zu Hilfe eilende englische Landheer von den Deutschen total geschlagen wurde. In Belgien fällt ein besetzter Platz um den andern. Es mußte von Frankreich preisgegeben werden und führt nun den Verwüstungskampf um Antwerpen. Der Vormarsch der vom Furor Teutonicus gepackten deutschen Truppen ist unaufhaltsam. Der „Spaziergang nach Paris“ wird bald zur Tatsache geworden sein. Unter allseitiger inniger Anteilnahme werden die Kriegsergebnisse verfolgt, und die Hoffnung, daß dieser Weltbrand in doch nicht zu langer Zeit gelöscht werden kann, wird nach den prächtigen Siegen der vorigen Woche von neuem genährt.

Von Interesse für unsre Leser dürfte es sein, wenn wir zur Abwechslung einige der markantesten Stimmen aus der Gewerkschaftspresse über den Krieg zur Kenntnisnahme übermitteln.

In der „Schiffahrt“, dem (einstweilen nicht erscheinenden) Organe der dem Transportarbeiter angehörenden Seewarte und Binnenfahrer, schrieb beim Kriegsausbruch der bekannte Gewerkschaftsführer Paul Müller u. a.:

Rußland wollte den Krieg, weil es die Revolution im Innern gegen die Finne fürchtete, sein grausam-depotisches Rajahka- und Galgenregiment festigen und ausbreiten will; Frankreich unterstützt den Blutgaren, weil es hofft, so seine Revandegelüste nach 1870/71 befriedigen zu können, und die uns Deutschen Stamm- und blutsverwandten germanischen Völkern kämpfen an der Seite von Franken, Slaven und Kalmücken, weil sie, dem neidlichen Gefühl ihrer Krämerelei folgend, hoffen, Deutschland als friedlich vordringenden Konkurrenten auf dem Weltmarkt und den Weltmeeren wieder zurück-



drängen zu können. Deshalb heugt sich Frankreich selge unter die Sarenkufe, deshalb bricht England mit seiner ganzen Tradition, übt Verrat an seinen germanischen Stammesgenossen. Welch eine Weltshande für dieses stolze Albion!

Und einem Kriege gegen den blutdürstigen Zarismus, gegen Kofaken, Kalmücken und ihre fränkischen und britischen Vasallen sollten wir philosophisch-zögernd, faulenlos gegenüberstehen? Nein, sagen wir, tausendmal nein! Unser Herz ist erfüllt mit tiefem Mitleid vor jedem Krieg. Aber wenn kein Opfer mehr hilft, um das Verhängnis aufzuhalten, wenn wir uns dann der namenlosen Schändlichkeiten erinnern, die der Zarismus an seinen eignen Volksgenossen verübt hat, wenn wir uns weiter vorstellen, die Schergen dieser barbarischen Gewalt könnten als frunkene Sieger unser Land bestreiten, dann dringt ein Schrei über unsre Lippen: Nur das nicht!

Und heute steht das deutsche Volk einmütig, ohne Unterschied der Partei, des Standes, der Klasse zusammen, um Bebel's heilsehnten Wunsch zu erfüllen, denn eine Niederlage Deutschlands Rußland gegenüber wäre unerträglich. Sie wäre gleichbedeutend mit Zusammenbruch, Vernichtung und namenlosem Elend für uns alle. Unter aller Gedanken bäumen sich gegen diese Möglichkeit auf. Die „vaterlandlosen Geleiten“ werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen. Hat Wilhelm II. uns die offene Hand geboten, Worte der Versöhnung zur Tat in ernster Stunde gefunden, so schlagen wir ein als ehrliche Republikaner, bereit, den inneren Kampf ruhen zu lassen — angeht's des Feindes unlers gemeinamen Vaterlandes; bereit zum Kampf gegen alle, die uns in Ost, West und Nord bedrohen. Der Verteidigung nunmehr unsre ganze Kraft!

Der „Grundstein“, in dem die gesamten Bauarbeiter (mit Ausnahme der Zimmerer) ihr Sprachrohr erblickten, entwickelte am Ende der dritten Kriegswoche folgende Gedanken:

Eine Niederlage Deutschlands würde für die europäische Zivilisation, für das staatliche und wirtschaftliche Leben unsres Volkes und damit auch für die deutsche Arbeiterklasse schlimme Folgen haben; Folgen, die sich nach Art und Umfang kaum ausdenken lassen, die man nur ahnen kann, wenn man sich die Schicksale der Völker vergegenwärtigt, die heute schon unter der Herrschaft des halbasiatischen Künstenregiments stehen. Geschichtlich betrachtet handelt es sich in diesem Krieg um einen Vorstoß der moskowitzischen Unkultur gegen die europäische Zivilisation; unfähig, im Innern einen lebensfähigen politischen und wirtschaftlichen Organismus zu schaffen, sucht Rußland immer wieder durch Eroberungszüge nach dem Osten, Süden und Westen seine Herrschaft zu festigen; unfähig, sich die Errungenschaften der Zivilisation im friedlichen Mühen zu erwerben, sucht es sie sich erobert anzugewinnen. Diese Lasten werden nur schlecht durch die Hilfe verunkelt, die es dabei durch drei Weltmächte erfährt. Hier ist es fastlich der Kampf der herrschenden Klassen untereinander um den größten Anteil an der kapitalistischen Ausbeutung der übrigen Welt. Aber das kann selbstverständlich für die deutsche Arbeiterklasse kein Anlaß sein, die Sache ihres Landes anzugehen; die Mitleiden der herrschenden Klassen Deutschlands, sich ihren Anteil am Weltprofi zu sichern, fallen durch die unaufrichtige Verbindung der Weltmächte mit Rußland mit dem Lebensinteresse nicht nur der deutschen, sondern der ganzen europäischen Arbeiterklasse zusammen, die kulturelle und politische Zukunft Europas vor der Vernichtung durch das Moskowitertum zu schützen.

Unser Standpunkt ist bekannt. Wir können feststellen, daß uns noch nicht eine Gegenansicht bekannt geworden ist. In der Gewerkschaftspressen tritt durchweg die gleiche Auffassung zutage. Unterschiede ergeben sich nur in der Ausdrucksweise. Manchmal ist sie nüchtrner, manchmal wieder werden die wärmften Töne angeschlagen.

Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und die Einführung von Arbeitslosenunterstützung seitens der Kommunen macht Fortschritte. Es sind schon gut wirkende Maßnahmen zu verzeichnen. Hoffentlich vermehren sich noch diese Anstrengungen, denn manche Stadtverwaltung zeigt sich selbst in dieser hochkritischen Zeit sehr bequemlich. Das soziale Verständnis muß da recht kräftig aufgerufen werden. Zu den Städten, die an Arbeitslose Unterstützung gewähren, ist nun auch Berlin getreten. Es handelt sich hier nicht um eine regelrechte Arbeitslosenunterstützung, sondern um eine Notstandsaktion, die gerade in Berlin mit seiner enormen Arbeitslosigkeit sehr zu begrüßen ist. Bekanntlich hat der Kaiser kürzlich 50 000 Mk. für die Berliner Arbeitslosen gespendet. Die Stadt Berlin hat nun 1 1/2 Millionen Mark ausgeworfen, welche Summe wohl bald aufgebraucht sein wird. Während in den Städten mit Arbeitslosenversicherung unsere Kollegen ebenfalls unterstützt werden — eine gerade jetzt zu empfindende Wohltat —, dürfte das in Berlin leider nicht der Fall sein, da Beschränkungen nach der Höhe der anderweitig (von den Gewerkschaften) bezogenen Arbeitslosenunterstützung festgesetzt sind. Gönnen wir sie den Arbeitern, die noch schlechter daran sind.

Die wirtschaftliche Lage beginnt sich nach den von West und Ost häufenden Siegesmeldungen zu bessern. Der deutsche Unternehmungsgelb erwacht wieder, nachdem

er sich vom ersten Schrecken erholt hat. Deutschlands wirtschaftliche Spannkraft ist geradezu großartig. Das reiche, stolze England schneidet dagegen kläglich ab. Bis zu 10 Proz. liegt bekanntlich der Zinssatz bei der Bank von England und diese hat ein Moratorium erlassen müssen. Die Ausweise der Deutschen Reichsbank neben sich demgegenüber glänzend aus. Die Kopflosigkeit, die im weiten Maß unsre Geschäftswelt ergriffen und durch die die Arbeiter und Angeestellten so stark zu leiden hatten, war daher kein Ruhmesblatt. Hoffentlich ist es mit solchen Anlässen nun endgültig vorbei, damit wir recht bald den dringenden notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung haben.

Aber nachahmenswerte Beispiele aus Prinzipalskreisen kann wiederum berichtet werden. Der schon mehrfach anerkennend genannte badrische Prinzipal-vorstand riefte neuerdings, nachdem er auf die Besserung der Verkehrs- und die beginnende Hebung der geschäftlichen Verhältnisse hingewiesen, an seine Kollegen das Ersuchen:

Das Arbeitsfeld muß jetzt um so eifriger bearbeitet werden, da Gründe zur Besorgnis nicht mehr in hohem Maße vorliegen. Allen tarifreuen Druckereien haben wir heute mit der Bitte, ihr entlassenes Personal nach und nach wieder einzustellen, auch wenn der Betrieb noch nicht in vollem Umfang ausgenommen werden kann, um das große Heer der Arbeitslosen zu vermindern. Vornehmlich bitten wir da, wo Mangel an Maschinenleuten fühlbar geworden ist, Sandheiser einzustellen und sich nicht mit ungeeigneten Ersatzkräften an der Setzmaschine abzuquälen. Es gibt im Buchdruckereibetrieb Auftrümmungs-, Instandhaltungs- und Vorbereitungsarbeiten zu erledigen, welche im Drange der hantenden Geschäfte vernachlässigt sind; jetzt, bei langsamem Fortschritt des Geschäftsganges, ist es Zeit, diese vorzunehmen.

Aus einer kleinen Stadt des Königreichs Sachsen kommt sogar eine verständige Ermahnung. Das in Stolpen erscheinende „Lageblatt“ schreibt nämlich im Anschluß an die Mitteilung des Eingehens einer ganzen Reihe von Tageszeitungen:

Die Einberufung des Personals und der Verleger dürfte bei der Einstellung der Zeitungsherausgabe nicht die Hauptsache sein, vielmehr ist es der Verlust an Barmitteln, welcher durch das Fehlen der üblichen Inzerate sofort eintrifft. Um die innere Krise nicht zu verschlimmern, ist es Pflicht, so lange als irgend möglich die Betriebe aufrechtzuerhalten.

„Soziale Pflichten sind Pflichten gegen das Vaterland“, ist in der neuen Nummer des Gewerkschaftsblattes „Deutsche Bänder- und Konditorenzeitung“ ein Artikel übergeschrieben. Sehr richtig wird darin gesagt, die Arbeiter erfüllen ihre soziale Pflicht in vollem Umfange, die Arbeitgeber hätten das gleiche zu tun durch kritisches Einhalten aller Verträge, seien sie mündlich oder schriftlich abgeschlossen oder durch Wohnobstleistung geltendes Recht geworden. Das sei eine soziale Pflicht der Unternehmer, und wer gegen sie verstoße, verleihe auch die Pflicht gegen das Vaterland.

Eine Warnung an Lieferanten für militärische und städtische Behörden möge die Mitteilung sein, daß diese in wirklichem sozialem Verständnis schon mehrfach ihre geschäftlichen Verbindungen mit den Lieferanten gelöst haben, die in diesen Kriegswochen Personalentlassungen vorgenommen oder sonst rigoros gegen ihre Arbeiter und Angeestellten gehandelt haben.

Der „Fränkische Kurier“ veröffentlichte in der vorigen Woche eine Zuschrift unsrer Mitgliedschaft Nürnberg, worin das auch in dieser Nummer erwähnte Rundschreiben des Kreises V des Deutschen Buchdruckervereins lobend erwähnt, im Anschlusse daran über die mit der Herstellung der städtischen Druckarbeiten beauftragte Firma aber gesagt wird:

In den Magistrat ergeht nun der Appell, die städtischen Druckarbeiten an alle leistungsfähigen Druckereien zu vergeben und nicht eine einzelne besonders (anscheinend) zu bevorzugen, die zudem in letzter Zeit von Arbeiterfreundlichkeit und sozialem Verständnis bedenkliche Proben an den Tag gelegt hat. Wenn die Prinzipale die Aufforderung, die Personale möglichst zu halten, erfüllen sollen, muß ihnen auch in Hinsicht auf Vergütung städtischer Druckarbeiten etwas mehr als bisher entgegengekommen werden. Da die städtischen Druckarbeiten streng tariflich bezahlt werden, dürfte es nicht im Interesse des Magistrats und des Buchdruckerberufs liegen, daß sie unter Leitung eines Oberdruckers nur von Beihilfen angefertigt werden, während die Beihilfen arbeitslos dem Verbands bzw. der Allgemeinheit zur Last fallen. In Nürnberg sind zurzeit über 180 Buchdruckergehilfen arbeitslos und diese wie auch die tarifreuen Prinzipale haben ein Interesse daran, daß die Vergütung der Druckarbeiten anders geregelt bzw. diese gerechter auf alle tarifreuen und natürlich leistungsfähigen Firmen verteilt werden.

Dem kann man nur zustimmen. Wenn anderswo auch so etwas vorkommt, dann sei dieses Rezept zu zweckentsprechendem Gebrauch empfohlen.

## □ □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □ □

tz. Bremen. (Außerordentliche Hauptversammlung vom 19. August.) Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem durch Unglücksfall verstorbenen Kollegen Johannes Witte warme Worte der Anerkennung für seine Tätigkeit im Dienste des Verbandes und für seinen stets gezeigten kollegialen Sinn. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise. Sodann wies Kollege Schweinesbein hin auf die durch den Kriegszustand eingetretene wirtschaftliche Krise und die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit, von der auch unser Gewerbe ebenso wie fast alle übrigen hart in Mitleidenschaft gezogen wurde. Auch hier am Orte seien für unsern Verband die Wirkungen des Krieges jetzt schon stark zu spüren. Ein großer Teil von Kollegen sei schon arbeitslos oder stehe in Kündigung, wieder andre müßten aussetzen oder arbeiten, um Entlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden, in Beschäftigung oder mit veräufelter Arbeitszeit. Und dabei seien die Folgen noch gar nicht abzusehen. In dieser schweren Zeit sei es doppelte Pflicht der Kollegen und der Gesamtarbeiterschaft, dafür einzutreten, daß die Errungenschaften jahreelanger Gewerkschaftsarbeit nicht verloren gehen. Vorläufig werde der Verband die in Frage kommenden Unterfertigungen voll und ganz auszahlen; sollte das jedoch vielleicht in allzunaher Zeit nicht mehr möglich sein, dann müßten die Kollegen sich gegenseitig unterstützen, soweit es in ihren Kräften stehe, und diejenigen, die das Glück haben, vollbeschäftigt zu sein, etwaige Extraforderungen freundlich fragen. Für die Hinterbliebenen der zum Heer einberufenen Kollegen etwas zu tun, habe der Verbandsvorstand absehen müssen. An der Bremer Kollegenchaft liege es, ob sie für die bedürftigen Frauen einberufener Mitglieder etwas zu tun bereit sei; ferner ob sie bereit sei, dafür zu stimmen, daß den vollbeschäftigten Kollegen neben der vom Verbandsvorstand ausgeschriebenem Extraforteer nochmals eine Extraforteer von 50 Pf. für die Bezirkshilfe auferlegt wird. Nach langer, eingehender Debatte, in der darauf hingewiesen wurde, daß es unsre oberste Pflicht sei, zunächst für unsre arbeitslosen Mitglieder zu sorgen, in der aber auch darauf aufmerksam gemacht wurde, daß wir gewissermaßen moralisch verpflichtet seien, die Frauen und Kinder unsrer zur Verteidigung des Vaterlandes eingerückten Kollegen, wenigstens soweit sie bedürftig sind, zu unterstützen, wurde einstimmig beschlossen: Der Vorstand wird ermächtigt, etwaige Gesuche um Unterstützung zu prüfen und ihnen eventuell stattzugeben. Ein anderer Antrag auf Erhebung einer Extraforteer von 50 Pf. zugunsten der Bezirkshilfe von allen vollbeschäftigten Mitgliedern wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Die Versammlung, die ausnahmsweise im „Lefling“ tagte, war gut besucht.

## □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Vorbildliche Unternehmer. In Blankenese gewährt die Buchdruckerei Sob. Kröger den Familien der zum Kriegsdienst einberufenen verheirateten Geschäftsangehörigen eine wöchentliche Unterstützung von 10 Mk. — In Dortmund zählt die Geschäftsleitung des „Generalanwalgers“, G. m. b. H., den Familien ihrer zur Fahne einberufenen Geschäftsangehörigen wöchentlich 15—18 Mk. Zuschuß, die Buchdruckerei A. Gerlich & Co. zählt einen vollen Wochenlohn sowie wöchentlich 6 Mk. für die Frau und 1 Mk. für jedes Kind, und die Buchdruckerei C. U. Krüger wöchentlich 7,50 Mk. — In Frankfurt a. M. gewährt die Buchdruckerei von Voigt & Gleiber den Einrückenden 10 Mk. und deren Familien einen wöchentlichen Zuschuß von 3 Mk. — In Landau (Pfalz) zählt die Buchdruckerei K. & A. Kaubler den Familien ihrer zum Kriegsdienst einberufenen Gehilfen eine wöchentliche Unterstützung von je 10 Mk. — In Lübbenau zahlte der Inhaber der Buchdruckerei von A. Scharff (Wilo Scharff) dem zur Fahne einberufenen Maschinenmeister 30 Mk. aus.

Die graphische Weltausstellung in Leipzig. Nach einem dieser Tage einstimmig gefassten Beschlusse der Leitung der graphischen Weltausstellung in Leipzig sowie der dafür in Frage kommenden weiteren Instanzen und Behörden bleibt die Ausstellung weiter geöffnet, und zwar voraussichtlich bis Oktober. Es ist also immer noch Gelegenheit gegeben, einen großen Teil der prächtigen Ausstellung zu besichtigen. Wenn auch die Hallen der mit Deutschland im Kriegszustande befindlichen fremden Staaten geschlossen sind, so sind doch die übrigen geöffneten Abteilungen der Ausstellung noch bedeutend überwiegend, lehrreich und sehenswert. Und erfreulicherweise hebt sich jetzt nach Überwindung der ersten Kriegsperiode im öffentlichen Leben auch der tägliche Besuch der Ausstellung von Tag zu Tag wieder ganz beträchtlich; nach den Kontrollapparaten hat dieser Tage die Zahl der Besucher fast der Eröffnung die zweite Million überschritten. Der Vergnügungspark allerdings wird kaum mehr richtig zum Leben erwachen; dafür ist aber nun auch weniger Ablenkung vom Studium in den eigentlichen Ausstellungshallen und größere Schonung für die Börse der Besucher gegeben, und zwar um so mehr, als auch die allgemeinen Eintrittspreise jetzt wesentlich herabgesetzt sind und die Tageskarte für alle Besucher jetzt nur noch 55 Pf. kostet.

Städtische Arbeitslosenunterstützung in Berlin. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat einstimmig eine Vorlage des Magistrats über eine städtische Arbeitslosenfürsorge angenommen. Die Vorlage verlangt für die nächsten drei Monate einen Kredit von 1 1/2 Millionen

**Mann für die Arbeitslosenfürsorge.** Die unverheirateten Arbeitslosen sollen pro Woche 4 Mk., die Verheirateten 5 Mk. erhalten. Sofern die Gewerkschaften schon Unterstützungen gewähren, wird der künftige Zuschuß soweit gezahlt, als die Gesamtunterstützung nicht 12 Mk. pro Woche übersteigt.

**Behördliche Unterstützung jeder Art in Kriegszeiten ist keine Armenunterstützung.** Zu einer schon vor mehreren Tagen durch die Tagespresse kundgegebenen Ansicht des Reichsamtes des Innern, wonach Kriegsunterstützungen keine Armenunterstützung sein dürfen, hat nun der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück, amtlich verfügt: „daß kein Verlust öffentlicher Rechte durch Annahme von Kriegsunterstützungen herbeigeführt werden soll. Im Reichsgesetz vom 15. März 1909 und in den zum Reichsgesetz nachgebildeten Landesgesetzen ist bestimmt, daß als Armenunterstützungen, die den Verlust öffentlicher Rechte nach sich ziehen, nicht anzusehen sind Unterstützungen, die nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt werden. Das Gesetz geht hierbei von der Auffassung aus, daß zur Ausübung der öffentlichen Rechte auch gewisse wirtschaftliche Selbständigkeit erforderlich ist, diese aber noch bei Personen vorhanden ist, die durch eine augenblickliche Notlage gezwungen sind, vorübergehend die öffentliche Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Die durch den Krieg eingetretene Arbeitslosigkeit muß als eine solche augenblickliche Notlage gelten. Die deshalb gewährten Unterstützungen werden daher auch nicht als Armenunterstützungen anzusehen sein, da sie doch nur vorübergehende Leistungen sein werden, auch wenn sie wiederholt gewährt werden sollen. Es ist hiernach Vorsorge getroffen, daß die drückende Lage der zahlreichen Personen, die ohne Verschulden durch den Krieg arbeitslos und unterstützungsbedürftig geworden sind, nicht noch durch den Verlust öffentlicher Rechte erschwert wird. Alle Personen, die durch den Krieg arbeitslos geworden und in Not geraten, aus öffentlichen Mitteln Unterstützung erhalten, erkrden also in ihren öffentlichen Rechten keinerlei Einbuße, bleiben zum Beispiel berechtigt, zu wählen oder gewählt zu werden.“

**Arbeitslosigkeit und Landsturmpflicht.** Unter vorstehender Stichmarke verfaßt die „Soziale Praxis“ beachtenswerte Betrachtungen über die durch den Krieg heraufbeschworene Arbeitslosigkeit und regt an, beim Einzug der Landsturmpflichtigen, soweit es militärische Interessen zulassen, die Arbeitslosen vorzuziehen. Sie schreibt dazu u. a.: Die Arbeitslosigkeit wächst noch und wird vermehrt durch die allmähliche Einberufung des Landsturms nicht weichen gemindert werden, vor allem, weil dann mit den Produzenten zugleich Verbraucher dem Markte weitgehend entzogen sein werden. Von einer selbsttätigen Anpassung des Arbeitsmarktes an die veränderten Verhältnisse wird man nicht sprechen können: wo die Einberufung zum Landsturm in eine noch in Lohn stehende Arbeitnehmerschaft Lücken reißt, werden nur zu einem Teile neue Kräfte zum Ersatz eingestellt werden. Auf der anderen Seite stehen die Tausende heute schon Arbeitsloser, die glücklich wären, wenn sie ihrer Landsturmpflicht genügen dürften und ihre Angehörigen dadurch der gesellschaftlichen Unterstützung teilhaftig würden. Ein Teil von ihnen hat sich vergebens längst bemüht, als Kriegsfreiwillige dem Vaterlande dienen zu dürfen und so der Familie die Unterstützung zu sichern. Für diese ist die Aussicht auf die Einberufung zum Landsturm geradezu ein Lichtblick. Unter diesen Umständen scheint es uns zur Erleichterung der immer schwieriger werdenden Regelung des Arbeitsmarktes zu dienen, wenn die Militärbehörde sich entschließen könnte, bei der Bestellung des unausgebildeten Teiles des Landsturms die Frage, ob der Landsturmpflichtige arbeitslos ist, in dem Maße, als die natürlich allein andern vorgehenden militärischen Erwägungen es zulassen, bei der Auswahl der Einzuberufenen mit zu berücksichtigen. Das erscheint, wenn eine größere Anzahl von Jahrgängen der Landsturmpflichtigen zugleich zur Bestellung aufgefördert wird, zumal in Großstädten, wohl möglich, ohne militärische Interessen zu verletzen. Dieser Gedankengang liegt durch-

aus in der Richtung der bisher schon für die Einziehung des Landsturms geltenden Grundsätze; w.) doch schon jetzt auf Tauglichkeit, Würdigkeit und Abkömmlichkeit gemüßert und soll doch ausdrücklich auf dringliche landwirtschaftliche oder gewerbliche Interessen Rücksicht genommen werden. So möge man ähnlich auch die Arbeitslosigkeit mit bedenken. Daß die Militärbehörden den Grundgedanken dieser Ausführungen als berechtigt anerkennen und den Interessen des Arbeitsmarktes weitgehende Schonung angedeihen lassen wollen, beweist die begründende Erläuterung eines Erlasses des kommandierenden Generals des VII. Armeekorps an die Bewohner von Rheinland-Westfalen, durch den er verkündet, daß die Landsturminfanterie in den meisten Kreisen des Korpsbezirks, besonders in denen des Ruhrindustriebezirks, zunächst nicht eingestell werden soll, und daß dies hoffentlich auch bis zum Ende des Krieges nicht erforderlich sein werde. In dem Erlass heißt es nämlich: „Nicht nur zum Kampfe mit den Waffen bedarf das Land feiner Männer. Die Grundlagen des modernen Lebens sind andre geworden, als sie es vor hundert Jahren waren. Die gewaltigen Fortschritte unserer Industrie und Technik sind heute so sehr in den Dienst unres Heeres gestellt, bilden heute so sehr die Grundlage unres ganzen bürgerlichen Lebens, daß wir ihrer nicht mehr entbehren können. Die Erhaltung einer Reihe der wichtigsten industriellen Betriebe bildet unbedingte Voraussetzung zu einer glücklichen Durchführung des Krieges. So muß vor allem die Fortführung des Betriebes der Kohleneisen sicher-gestellt sein, da der sonst eintretende Mangel an Kohlen alle unse Kräfte lahmlegen würde. Daß damit auch die Fabrikation und somit der Ertrag von Waffen und Munition frohen würde, liegt auf der Hand. Und in wie tausendfacher Weise der Mangel an Kohlen sich für die Allgemeinheit fühlbar machen würde, wird jeder sich selbst sagen können. Die weitaus meisten Betriebe, die heute noch den Zurückgebliebenen Arbeit bieten und ihre Familien vor Not und Elend bewahren, müßten stillliegen. Und wie die Zechen, so müßten auch die Rheinischsifffahrt, die Mühlen, Wasserwerke und Elektrizitätswerke, kurz alle diejenigen Betriebe aufrechterhalten bleiben, die für das Heer und für die Allgemeinheit nicht zu entbehren sind.“ Diese Rücksicht auf das wirtschaftliche Leben auch auf die Arbeitslosen auszuweiten, ist durchaus berechtigt und notwendig. Denn jo, wie die Dinge jetzt liegen, sind viele Tausende, die durch den Krieg zur Arbeitslosigkeit verdammt sind, zum größten Teil meist schlimmer daran als die im Felde Stehenden. Denn wohl sind auch die Zurückgebliebenen gern bereit, zur Fernhaltung russischer Zustände in Deutschland die weitgehendsten Opfer zu bringen. Sie murren und klagen daher nicht, wenn sie persönlich infolge Arbeitslosigkeit Not und Entbehrungen leiden. Sie fragen opferwillig mit an der schweren Last, die Deutschland in diesen Tagen bedrückt. Daß die Arbeitslosen aber ihre Frauen und Kinder hungern sehen müssen, das ist das Schlimmste für sie. Dieser bittere Kelch bleibt glücklicherweise den zur Fahne Einberufenen erspart, denn für ihre Angehörigen wird nach besten Kräften gesorgt. Und wenn die Frauen und Kinder der im Felde stehenden Arbeiter zwar auch nicht gerade im Überfluß leben können, sondern mit der knappen Staats- und Gemeindevorstellung sehr hausväterlich umgehen müssen, so sind sie doch immer noch bedeutend besser daran als die Familien der Arbeitslosen. Darum wäre es nur zu begrüßen, wenn die Anregung der „Sozialen Praxis“, bei der Einberufung des Landsturms nach Möglichkeit die Arbeitslosen zu berücksichtigen, bei den zuständigen Stellen weitgehendste Beachtung fände.

**Fleischverbrauch im ersten Halbjahre 1914.** Auf Grund der Ausweise über die gewerblichen Schlachtungen und unter Berücksichtigung der nur ganz minimal in Betracht kommenden Ein- und Ausfuhr von Fleisch stellte sich der Fleischverbrauch Deutschlands im ersten Halbjahre 1914 auf 19,43 kg auf den Kopf der Bevölkerung berechnet oder auf rund 49 Pfund. Dabei sind die Haus-schlachtungen mit etwa 9 kg nicht berücksichtigt. Ein Vergleich mit früheren Jahren ergibt das folgende Bild: Es betrug in Kilogramm der Fleischverbrauch während des ersten Halbjahres:

1905	19,04	1910	19,59
1906	18,08	1911	19,55
1907	18,74	1912	20,28
1908	19,67	1913	18,91
1909	19,55	1914	19,43

Die Ziffer für das laufende Jahr ist nicht unbefriedigend, wenn auch mehrere der aufgeführten Jahre über sie hinausgehen. Besonders hoch stellt sich der Verbrauch von Schweinefleisch. In keinem der zehn Jahre, mit Ausnahme des Jahres 1912, war er annähernd so hoch wie im laufenden Jahr. Er betrug im ersten Halbjahre 1914 11,21 kg auf den Kopf berechnet, gegen 10,42 im Vorjahre und 11,29 im Jahre 1912. Abgenommen hat gegenüber dem Vorjahre der Verbrauch von Rind- und Hammelfleisch; gleichgeblieben ist der Verbrauch von Kalbfleisch, gestiegen der von Ziegenfleisch. Die jetzige Lage erfordert eine sparsame Verwendung des Fleisches. Bei aller Wichtigkeit der Fleischnahrung sollten vor allem die wohlhabenden Kreise, in denen der Fleischkonsum meist viel zu reichlich ist, im Fleischgenusse mäßig sein, damit das Fleisch nicht unwirtschaftlich verwendet wird. Auch sollten Vorkehrungen getroffen werden, daß durch die Landwirte das Vieh nicht vorzeitig auf den Markt kommt, was der Landwirtschaft ebenso schadet wie der Verproviantierung der Bevölkerung während der Kriegszeit. Denn was nützt es, daß vorübergehend großes Angebot herrscht und die Preise heruntergehen, wenn nach einiger Zeit dann der Mangel plötzlich stark nachläßt und die Preise um so höher steigen müssen!

**Briefkasten.**

**A. S. in A.:** Sie meinen anscheinend den Vortragmeister Ado Conrad, Dozent an der Journalistenhochschule zu Berlin, der gelegentlich des letzten Stiftungsfestes in Leipzig referierte. Die genaue Adresse der Anstalt ist uns nicht bekannt. — **K. E. in St. Gallen:** Briefe erhalten. Grd. Grüße von der Mutterung der Landsturmpflichtigen in Lindau erwidern wir gern. — **G. W. in Reife:** 2,30 Mk. und 1,95 Mk.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □  
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.  
 Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Adressenänderungen.**

**Bensheim-Heppenheim.** Alle Sendungen an den Ortsverein sind bis auf weiteres zu richten an Adam Kofinus, Heppenheim (Bergstraße), Kirchengasse 8.  
**Blankeneise.** Die Geschäfte des zum Heeresdienst einberufenen Vorstehenden werden bis auf weiteres durch den Kassierer C. Kopers, Dodenhuden, Schülstraße 25, mitverwaltet.

**Landau.** (Bezirk.) Die Geschäfte des Bezirkskassierers führt bis auf weiteres Kollege Georg Knoll, Kronstraße 26 (Solel „Victoria“).

**Ludwigsfuß i. Medel.** Die Geschäfte des Bezirksvorstehenden sowie des Bezirkskassierers vertritt bis auf weiteres Kollege Hartwig Müller, Kleinower Straße 23.

**Spandau.** Die Geschäfte des Ortsvereins erledigt bis auf weiteres Kollege Otto Behrend, Gohlfstraße 4, Genossenschaftshäuser.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
 Im Gau Rheinland-Westfalen der Geher Karl Wortmann, geb. in Elberfeld 1874, ausgel. dal. 1893; war schon Mitglied. — Emil Albrecht in Köln, Gereons-hof 28.

**Verammlungskalender.**

Berlin. Korrektorenversammlung Sonntag, den 6. Septemb-ber, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Allexan-drinenstraße 44.

**Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer**

Donnerstag, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15, Saal IV: [248]

**Generalversammlung**

Tagesordnung: Bericht von der Gauvorsieherkonferenz.  
 Zu dieser Versammlung sind außer den Delegierten sämtliche Vertrauensleute und Druckereikassierer freundlichst eingeladen.  
 Der Gauvorstand: Albert Massini, Vorsitzender.

**Seitenmaß** mit sämtlichen Einstellungen 20 Bl. C. Erb, Frankfurt am Main 3.

**Gebrauchte Druckereierichtungen, Schriften, Maschinen, Regale, Kästen usw.** 1485 C. Müller & Kuster, Leipzig, Querstraße.

Infolge Absterbes bei Beflegung eines gelbes verstarb am 25. August unser lieber Kollege [249]  
**Wihelm Friedrich Greiner**  
 aus Gerstetten (O.-A. Heidenheim). Er war ein braver, echter Kollege. Ehre seinem Andenken!  
 Die Kollegen des „Ermstalboten“, Urach (Württemberg).

Heute abend 5 1/2 Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden, aber doch unerwartet, unser lieber Freund und Kollege, der Geher [245]  
**Robert Wende**  
 aus Müllisch, im 58. Lebensjahre. Ein dauerndes Andenken wird ihm bei wahren [245]  
 Heife, den 25. August 1914 [245]  
 Der Ortsverein Heife.

**Randenburgischer Maschinenseher- B. d. D. B. - Verein** (Sitz Berlin)

Sonntag, den 6. September, früh 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15:

**Bereinsversammlung**

Tagesordnung: 1. Vereinsnachrichten; 2. „Die gegenwärtige Situation“; 3. Neu-aufnahmen; 4. Beschiedenes. [244]  
 Wir erlauben die Vertrauensleute (soweit es noch nicht geschehen ist), uns umgehend mitzuteilen, wieviel Spezialkollegen zum Militär kamen und wieviel entlassen wurden, auch wie das gegenwärtige Arbeitsverhältnis ist.  
 Am pünktlichen, alleseitigen Besuch ersucht

Der Vorstand.  
 S. A.: R. Braun, Schöneberg, Hohenfriedbergstraße 19.

Am 25. August verstarb nach langem Leiden unser lieber Bezirkskollege, der Geher [246]  
**Robert Wende**  
 im 58. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken!  
 Bezirk Meife.

Am 23. August verschied nach ein-jährigem Krankenlager unser wertee Mit-glied, der Maschinemeister [247]  
**Otto Brems**  
 im Alter von 57 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm be-wahren  
 Der Bezirksverein Offenbach a. M.